

Manfred Böttcher

EU Budget 2014+, EU 2020 und Horizont 2030

Stand: Montag, 10. Januar 2011

Den mittelfristigen Finanzrahmen der EU verknüpft die Europäische Kommission mit den programmatischen Zielvorgaben der EU 2020 – Strategie¹. Die Kommission hat etliche Elemente der Strategie in ihr Arbeitsprogramm 2011 aufgenommen.²

Der Finanzrahmen 2014+ sollte - auch auf der Basis des Green New deal³ und des Berichts der Reflexionsgruppe 2030⁴ - breit diskutiert werden. Quasi in Form eines Bürgerhaushalts (Wofür wollen wir kein Geld mehr ausgeben?) könnten grundlegende europäische Fragen der nachhaltigen Entwicklung und - damit verbunden – der „Governance“ (Regionalisierung, Föderalisierung, urban mainstreaming, Mehrebenenregieren, multilevel governance) angesprochen werden. Dies unterstützt auch die von Kommission gewünschte stärkere thematische Konzentration und Ergebnisorientierung der zukünftigen Kohäsionspolitik⁵.

Das EP hat im Juli 2010 den „Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013“⁶ (SURE) eingesetzt und hat den auf ein Jahr angelegten Auftrag erhalten, die politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments für den neuen Finanzrahmen nach 2013 sowohl in legislativer als auch in haushaltsspezifischer Hinsicht festzulegen und Leitlinien für die Ressourcen zu unterbreiten, die erforderlich sind, damit die Union die genannten Prioritäten umsetzen kann.

Die Ziele und die künftige Ausrichtung der EU müssen Gegenstand einer breiten auch außerparlamentarischen Debatte werden. Dabei ist eine kritische Aufarbeitung der (qualitativen und nachhaltigen) Wachstumskonzepte vonnöten. „EU 2020“ und „Horizont 2020- 2030“ bieten dazu unterstützende Leitsterne, greifen aber in einigen Punkten (Wachstum, Bildung, institutionelle Zusammenarbeit) zu kurz.

¹ KOM(2010) 2020 endgültig: EUROPA 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum vom 3.3.2010 - <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>

² MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN: Arbeitsprogramm der Kommission für 2011 KOM(2010) 623 v. 27.10.2010
http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2011_de.pdf

³ Sven Giegold, Reinhard Bütikofer: Der grüne new deal. Klimaschutz, neue Arbeit und sozialer Ausgleich, 2010
http://www.gruene-europa.de/cms/default/dokbin/349/349866.der_gruene_new_deal_in_nrw@en.pdf

⁴ PROJEKT EUROPA 2030 -Herausforderungen und Chancen - Bericht der Reflexionsgruppe an den Europäischen Rat über die Zukunft der EU 2030 vom Mai 2010
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/de_web.pdf

⁵ Vgl. MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS, DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN UND DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK: Schlussfolgerungen aus dem Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik KOM(2010) 642 v. 9.11.2010
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion5/pdf/conclu_5scr_part1_de.pdf

⁶ <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/homeCom.do?language=DE&body=SURE>
Grüne Mitglieder: Helga TRÜPEL (D) José BOVÉ (F), Isabelle DURANT (B), Bas EICKHOUT (NL)

1. Mittelfristiger Finanzrahmen: Haushalt reformieren – EU verändern

1.1. Europäische Einnahmen

Das System der EU-Finanzierung ist kompliziert und undurchsichtig. Der EU-Haushalt umfasst ca. 123 Milliarden Euro und wird zu 85% aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten finanziert. Zum größten Teil orientieren sich die Zahlungen am Bruttonationaleinkommen zu einem geringeren Teil an der Mehrwertsteuer, der Rest sind vor allem Zolleinnahmen. Das jetzige Finanzierungssystem enthält undurchschaubare Ausnahmeregelungen wie den Britenrabatt, die reduzierten Mehrwertsteuerabrufsätze für Österreich, Deutschland, Niederlande und Schweden.

Im Rahmen der Budgetberatungen sind protektionistische Verteilungskämpfe zwischen den Mitgliedsstaaten zu erwarten. Eine zusätzliche eigenständige Finanzierung des EU-Haushalts auf Basis des Green New Deal könnte einen wichtigen Integrationsschritt darstellen. Problematisch ist allerdings, dass eine eigenständige Steuerkompetenz der EU wohl an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts scheitern würde. Alternative wäre eine Steuerertragskompetenz, bei der die Mitgliedsstaaten die Höhe festsetzen (Besteuerung des Finanzsektors, Emissionshandel, europäische Luftfahrtgebühr)

1.2. Regulierung und Regionalisierung

Die Diskussion um das EU-Budget muss auch in den Kommunen und Regionen geführt werden. Einerseits sind viele kommunale Investitionen ohne EU-Gelder aus den Strukturfonds kaum noch zu finanzieren, andererseits können viele Kommunen auf Grund fehlender Eigenmittel mögliche Zuwendungen nicht in Anspruch nehmen.

Menschen, die auch traditionell an ihre Region gebunden sind, sind sensibel für bedrohliche ökologische und soziale Veränderungen und können zu einer Festigung der Europäischen Union beitragen, wenn sie erfahren, dass ihnen von dort her Hilfe für die nachhaltige Entwicklung ihres Umfelds zuteil wird.

Dem sich auch in Umfragen manifestierenden Unbehagen in der Finanz-, Klima- und Gerechtigkeitskrise sollten wir größere Aufmerksamkeit schenken. Schottland, Korsika, Katalonien, Baskenland, ehem. Jugoslawien, Ostdeutschland zeigen auch, dass ökonomische Unterschiede und Interessen durch kulturelle (religiöse, historische) Gegensätze überlagert werden.

Es gibt eine heterogene Opposition gegen die marktwirtschaftliche und zentralstaatliche Homogenisierung, die als Kolonialisierung der historisch tradierten Lebenswelten empfunden wird. Die bisherige Kohärenzpolitik wirkt eher nivellierend und berücksichtigt die kulturelle Vielfalt in nicht ausreichendem Maße. Das Vertrauen in die EU kann wachsen, wenn sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützt, die Finanzkrise bewältigt und die Grundbedürfnisse und Lebensinteressen der Menschen in Europa ins Zentrum der Politik rückt. Es sollte im Rahmen des EU-Budgets darum gehen, die EU zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsraum zu gestalten, dessen Wohlstand nicht auf Ausbeutung des Südens beruht.

Europäische Zukunftsfähigkeit verlangt daher Regulierung und Regionalisierung.⁷ Regulierung muss vor allem dazu führen, dass Wirtschaft die ökologischen und sozialen Kosten nicht mehr externalisiert. Regulierung legt dem Markt gemeinwohlorientierte Leitplanken an.

⁷ siehe Der green new deal, S 29: Regionale Wirtschaft und solidarische Ökonomie stärken

Regionalisierung verfolgt das Ziel, Ressourcenkreisläufe auf regionaler Ebene zu schließen, Produktions- und Verbrauchsstrukturen zu verändern, eine transportsparende Wirtschaftsweise zu begründen und die regionale Ökonomie zu stärken. Umweltschädigungen von Wasser, Luft und Boden sollten vermieden, begrenzt, minimiert oder korrigiert werden.

Investiert werden soll in saubere Technologien, Produkte und Dienstleistungen. Eine nachhaltige und europäisierte Regionalentwicklung fördert wirtschaftliche Unabhängigkeit, politische Teilhabe, soziale Verdichtung und Ressourceneffizienz.

Ökologisches Umsteuern stellt hohe Ansprüche an die interne und externe Kooperationsfähigkeit der europäischen Regionen. Deswegen werden eine neue Arbeits- und Teilhabepolitik sowie Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen dringlich.

2. EU 2020 – smart – sustainable - inclusive

Anfang März 2010 legte die Europäische Kommission die Strategie „Europa 2020“⁸ – als Nachfolgerin der gescheiterten Lissabon-Strategie vor. Im Zentrum der Vorschläge stehen die „Überwindung der Krise“ und die „Vorbereitung der EU-Wirtschaft auf das nächste Jahrzehnt“. Die Strategie soll die EU „in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft verwandeln“, die durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie einen ausgeprägten sozialen Zusammenhalt geprägt ist. Der ER hat im März 2010⁹ eine Reihe von Änderungen angemahnt und die modifizierte Strategie im Juni 2010¹⁰ angenommen.

2.1. Fünf Kernziele

Die Kommission gibt dabei **fünf Kernziele** vor, die bis 2020 erreicht werden sollen, wobei einem „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum“ oberste Priorität eingeräumt wird.

2.1.1. Beschäftigung: 75% der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollen in Arbeit stehen (derzeit 69%).

2.1.2. Forschung und Entwicklung (FuE)

KOM: 3% des BIP sollen für (FuE) aufgewendet werden (derzeit unter 2%).

ER: Die Bedingungen für FuE sollen verbessert werden mit dem „Ziel“, 3% des BIP zu erreichen.

2.1.3. Klima und Energie

Die 20-20-20-Ziele sollen erreicht werden. Insbesondere soll der Anteil erneuerbarer Energien am EU-Gesamtenergieverbrauch 2020 mindestens 20% betragen.

2.1.4. Bildung

KOM: Mindestens 40% der 30- bis 34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss haben (derzeit 31%), und höchstens 10% eines Jahrgangs sollen ohne Schulabschluss sein (derzeit 15%).

ER: Das Bildungsniveau soll verbessert werden. Insbesondere soll die Schulabbrecherquote gesenkt und die Zahl der Hochschulabsolventen erhöht werden, aber ohne Festlegung auf konkrete Zahlen.

⁸ KOM(2010) 2020 endgültig : EUROPA 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum vom 3.3.2010 - <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>

⁹ EUCO 7/10 v. 26.3.2010: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

¹⁰ EUCO 13/10 v. 17.6.2010: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf

2.1.5. Armutsbekämpfung

KOM: Die Zahl der „armutsgefährdeten“ Menschen soll um 20 Mio. gesenkt werden.

ER: Die soziale Eingliederung soll insbesondere durch die Verminderung der Armut gefördert werden.

2.2. Drei Prioritäten

Dabei will die Kommission **drei Prioritäten** setzen, die „in die Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“ münden

2.2.1. **Intelligentes** Wachstum: eine auf Wissen und Innovation gestützte Wirtschaft entwickeln.

2.2.2. **Nachhaltiges** Wachstum: eine ressourcenschonende, umweltfreundliche und wettbewerbsfähige Wirtschaft fördern.

2.2.3. **Integratives** Wachstum: eine Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt fördern

2.3. Sieben Leitinitiativen

Innerhalb der Prioritäten schlägt die Kommission **sieben Leitinitiativen** vor, die für die EU und für die Mitgliedstaaten bindend sein und von der Kommission und den Mitgliedstaaten verfolgt werden sollen. Die Zielerreichung will die Kommission anhand von Berichten der Mitgliedstaaten überwachen.

2.3.1. Innovationsunion

Neuorientierung der FuE- und Innovationspolitik auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

1.1. EU: EU-Forschungsraum vollenden, einen strategischen Forschungsplan entwickeln, einheitliche Patent-, Urheber- und Markenrechte schaffen, „zukunftsfähiger Kerntechnologien“ und europäische Entwicklungspartnerschaften entwickeln und die bestehenden Förderinstrumente überarbeiten

1.2. MS: Exzellenz und „intelligente Spezialisierung“ in den FuE- und Innovationssystemen fördern, Schullehrpläne auf Kreativität, Innovation und Unternehmergeist ausrichten.

2.3.2. Jugend in Bewegung

Steigerung der Leistung und der internationalen Attraktivität europäischer Hochschulen, auch außerhalb der EU, Anheben des allgemeinen und beruflichen Bildungsniveaus in der EU.

2.1. EU: Beiträge zur Modernisierung der Hochschulen in Bezug auf Lehrpläne, Governance und Finanzierung leisten z.B. durch Einführung eines Benchmark-Systems sowie Förderung der Mobilität für junge Fachkräfte.

2.2. MS: wirkungsvoll in Bildung auf allen Ebenen investieren und die „Ergebnisse“ der Bildungseinrichtungen sowie der Einstiegschancen junger Menschen in die Arbeitswelt verbessern.

2.3.3. Eine digitale Agenda für Europa

Breitbandanschluss für jedermann bis 2013 und Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 30 Megabits pro Sekunde (Mbps) und über 100 Mbps für mindestens 50% der europäischen Haushalte bis 2020.

3.1. EU: einen investitionsfördernden Rechtsrahmen für die Internetstruktur und einen Binnenmarktes für Online-Inhalte und –Dienste schaffen; gezielt KMU fördern durch eine Reform der Forschungs- und Innovationsfonds

3.2. MS: Ausbau von Breitbandnetzen öffentlich finanzieren; Einführung und Verwendung moderner Online-Dienste fördern

2.3.4. Ressourcenschonendes Europa

Reduzierung von CO₂-Emissionen, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und eine größere Energieversorgungssicherheit.

4.1. EU: Vorschläge für die Modernisierung des Verkehrswesens unterbreiten, Infrastrukturen für E-Mobilität und intelligentes Verkehrsmanagement aufbauen, CO₂-Emissionen aller Verkehrsmittel reduzieren, Elektro- und Hybridfahrzeuge fördern

4.2. MS: umweltgefährdende Subventionen auslaufen lassen und den städtischen Verkehr als einen wichtigen Verursacher von „Überlastung“ und Emissionen berücksichtigen

2.3.5. Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung

Unterstützung der Wirtschaft bei der Einstellung auf die Herausforderungen und Chancen der Globalisierung und der ökologischen Wirtschaft

5.1. EU: Übergang zu einer ressourceneffizienten Wirtschaft für Unternehmen erleichtern, Transaktionskosten im Binnenmarkt reduzieren, Unternehmenscluster und Umstrukturierung sowie Umstellung „gefährdeter“ Branchen auf zukunftsträchtige Tätigkeiten fördern.

5.2. MS: Zahl der öffentlichen Aufträge mit Investitionsanreizen steigern, Verwaltungslasten verringern, Durchsetzbarkeit der Rechte am geistigen Eigentum verbessern

2.3.6. Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten

Modernisierung der Arbeitsmärkte, indem die Erwerbstätigen durch den Erwerb neuer Qualifikationen befähigt werden, sich an neue Gegebenheiten anzupassen und gegebenenfalls beruflich umzuorientieren, damit die Arbeitslosigkeit zurückgeht und die Produktivität zunimmt

6.1. EU: Flexicurity-Ansatz (Kombination aus flexiblen Arbeitsmärkten und einem hohen Grad an Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit) verfolgen, Rechtsrahmen an veränderte Beschäftigungsformen und neue Risiken am Arbeitsplatz anpassen, Migrationspolitik fördern

6.2. MS: den Flexicurity-Ansatz durch konkrete nationale Maßnahmen umsetzen, Steuer- und Leistungssysteme effizient ausrichten, Erwerbsleben verlängern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

2.3.7. Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut

Schärfung des Bewusstseins um die Grundrechte der Menschen, die unter Armut und Ausgrenzung leiden, Förderung ihrer Anerkennung, Gewährleistung der gesellschaftlichen Teilhabe betroffener Menschen.

7.1 EU: Plattform für Kooperation, gegenseitige Kontrolle und Austausch bewährter Verfahren aufbauen als Instrument im Kampf gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und zur Förderung der Schwächsten

7.2. MS: Systeme zur sozialen Sicherung und zur Altersvorsorge ausbauen und erhalten, angemessene Einkommensstützung und Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleisten.

2.4. Bewertung

„EU 2020“ orientiert sich auf ein (diffus bleibendes) qualitatives Wachstum und auf die Mitwirkungsverpflichtung der Mitgliedsstaaten. Die Strategie bietet Chancen für eine engere wirtschaftspolitische Kooperation und Integration, wenn sie regionalisiert und ökologisiert wird. Ohne systematische Einbeziehung der Parlamente und der breiten regionalen Öffentlichkeit bleibt „EU 2020“ leblos. Erforderlich ist eine europaweite Wiederaufnahme der Wachstumskritik und der Suffizienzdiskussion. Welches Wachstum ist für eine nachhaltige Entwicklung förderlich? Die Einsetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“¹¹ ist ein erster Schritt auf deutscher Ebene.

3. Horizont 2030¹² - Langfristig denken aber jetzt entschlossen handeln

Die Reflexionsgruppe¹³ wurde im Dezember 2007 auf Initiative von Nicolas Sarkozy vom Europäischen Rat als eine unabhängige „Gruppe von Weisen“ eingesetzt. Hintergrund war die Kontroverse um die Grenzen Europas angesichts der „Türkei-Verhandlungen“. Leitfrage: Welchen Herausforderungen steht Europa in den nächsten 20 Jahren gegenüber und wie kann ihnen begegnet werden? Viele waren skeptisch, ob eine derartige Gruppe notwendig sei angesichts der damaligen „Denkpause“ nach dem Scheitern der Lissabon-Referenden. Auch der Name und die elitäre, demokratisch nicht legitimierte und intransparente Arbeitsmethode stießen auf Ablehnung. Das EP votierte gegen die Einsetzung der Reflexionsgruppe.

Die Reflexionsgruppe war mit grundlegenden Herausforderungen konfrontiert: prognostische Unsicherheit, die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Themen und daraus resultierende Zielkonflikte, Wahrnehmungsprobleme bei langfristigen Trends oder die globale Dimension der Probleme.

¹¹ BT-Drucksache 17/3853 v. 23.11.2010 – beschlossen am 1.12.2010 - <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf>

¹² PROJEKT EUROPA 2030 -Herausforderungen und Chancen - Bericht der Reflexionsgruppe an den Europäischen Rat über die Zukunft der EU 2030 vom Mai 2010
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/de_web.pdf
<http://www.reflectiongroup.eu/>

¹³ Neben dem Vorsitzenden **Felipe González**, der von 1982 bis 1996 das Amt des spanischen Ministerpräsidenten innehatte, und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, der ehemaligen lettischen Staatspräsidentin **Vaira Vike-Freiberga** und dem ehemaligen Chef des finnischen Nokia-Konzerns **Jorma Ollila**, umfasste die Gruppe folgende Mitglieder: **Lykke Friis** (zum Zeitpunkt der Ernennung Prorektorin der Universität Kopenhagen, Ende November 2009 aus der Gruppe ausgeschieden, seither in Dänemark Ministerin für Klima- und Energiefragen) **Rem Koolhaas** (niederländischer Architekt und Städteplaner), **Richard Lambert** (Hauptgeschäftsführer des britischen Industrieverbandes CBI und ehemaliger Herausgeber der Financial Times), **Mario Monti** (ehemaliger italienischer EU-Kommissar für Wettbewerb) **Rainer Münz** (österreichischer Ökonom und Experte für Migration und demographische Entwicklung) **Kalypso Nicolaïdis** (Professorin griechisch-französischer Nationalität für internationale Beziehungen an der Universität Oxford), **Nicole Notat** (ehemalige Führerin der französischen Gewerkschaft CFDT), **Wolfgang Schuster** (Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart) und **Lech Wałęsa** (ehemaliger Führer der polnischen Gewerkschaft und Politikbewegung *Solidarność* und ehemaliger polnischer Präsident). Um weitere Ideen zu bekommen, wurden eingeladen: der ehemalige französische Präsident **Valéry Giscard d'Estaing**, Kommissionspräsident **José Manuel Barroso**, der ehemalige Kommissionspräsident **Jacques Delors**, Ex-Kommissar **Peter Sutherland** oder der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) **Pascal Lamy**. Diese "Elefanten" stellten sich wohl als ziemlich unproduktiv heraus. Eine andere Form informeller Beratung fand mit EU-Abgeordneten und **Think-Tanks** statt, wie dem in Brüssel ansässigen European Policy Centre (EPC), dem Centre for European Policy Studies (CEPS), dem European Movement, der Trans European Policy Studies Association (TEPSA), der in London ansässigen University Association for Contemporary European Studies and Policy Network, der in Paris ansässigen Europeanova und einigen anderen.

Das Mandat nahm Bezug auf die „Berliner Erklärung“¹⁴ und klammerte auf Drängen des EU-Kommissionspräsidenten Barroso, institutionelle Reformoptionen, den Finanzrahmen und die Türkeifrage – ganz im Gegensatz zur Sarkozy-Initiative – aus.¹⁵

Die Reflexionsgruppe hatte sich im Mai 2010 erhofft, dass ihrem Bericht am Vorabend des Europatags eine große Medienöffentlichkeit zukommen werde. Tatsächlich ging er medial unter. Grund war die „Griechenland-Krise“ und die damit verbundene dramatische Euro-Rettungsaktion.

Die zentrale Botschaft am Ende des Berichts lautet „Langfristig denken, aber jetzt entschlossen handeln“. Durch den Bericht ziehen sich die Sorge um politische und wirtschaftliche Irrelevanz der EU („westliches Anhängsel des asiatischen Kontinents“) und die Forderungen nach Regieren in Partnerschaft und einem Mehrebenenregieren, d.h. die Zuständigkeiten nicht hierarchisch aufzuteilen sondern gemeinsam in allen Ebenen wahrzunehmen. Der in neun Kapitel gegliederte Bericht analysiert Stärken und Schwächen, Möglichkeiten und Gefahren und unterbreitet Handlungsvorschläge.

3.1. EU am Scheideweg

Das Kapitel gilt als Weckruf. Die EU müsse sich den Unsicherheiten (rascher gesellschaftlicher Wandel, Finanz- und Umweltkrise) und den Umbrüchen (Vormachtstellung Asiens, steigender Energiebedarf, Klimawandel und Ressourcenknappheit, Verlust der Biodiversität, demographischer Wandel) stellen. Dies verlange unverzügliches, konsequentes und geschlossenes Handeln, starke politische Führung und gezielt eingesetzte Finanzmittel. „Europa 2020“ müsse sich in eine breitere Perspektive einordnen. Solidarität (zwischen Menschen und Generationen, zwischen Gemeinden, Regionen und Mitgliedstaaten) sollte im Mittelpunkt des europäischen Projekts stehen.

3.2. Erneuerung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells

Das Kapitel verweist auf Wachstumsorientierung und soziale Marktwirtschaft. Erforderlich seien Arbeitsmarkt- und Unternehmensreformen¹⁶, angemessene Finanzmittel zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, ein Ausbau des Gesundheitswesens, eine stärkere Wirtschaftskoordination¹⁷ und ein „Pakt für den Binnenmarkt“ vor allem im Dienstleistungsbereich – mit Integrationsinitiativen bei der Sozial- und Steuerpolitik. Aber: Ökologische Nachhaltigkeit erfordere ein Überdenken des Wachstumsmodells. Die Reflexionsgruppe fordert eine neue Industriestrategie¹⁸ und ein nachhaltiges Wachstum, das nicht ausschließlich über das BIP definiert ist.

3.3. Wachstum durch Wissen: Förderung des Einzelnen

Die Ausführungen werden von der Sorge geprägt, dass Asien 2025 die EU als Wissensstandort endgültig hinter sich zurückgelassen hat. Die Reflexionsgruppe setzt auf Exzellenz

¹⁴ Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25.3.2007
http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0324-RAA/German.pdf

¹⁵ Aber: „Entsprechend dieser Politik des Engagements und der Inklusivität muss die Union die Zusagen, die sie den derzeitigen offiziellen Bewerbern, einschließlich der Türkei, gegeben hat, einhalten und den Verhandlungsprozess fortsetzen.“ (S. 38)

¹⁶ Flexicurity fördern, Erwerbsquoten erhöhen, Sozialversicherungsansprüchen übertragbar machen, Qualifikationen wechselseitig anerkennen, Mehrsprachigkeit und eine Unternehmenskultur der Eigenverantwortlichkeit fördern)

¹⁷ ER soll Koordinierung (unter Achtung der Kommission und in Zusammenarbeit mit dem EP) leiten, nationale Haushalte überwachen, Haushaltsverfahren harmonisieren, Finanzinstrument zur Bekämpfung unerwarteter Krisen schaffen, Finanzaufsicht verbessern

¹⁸ Greening, Innovationsgesetz erlassen, Forschungsinitiative für KMU einleiten, durch neue Technologien und Verbrauchersensibilisierung den Mehrwert von Landwirtschaft, Viehzucht und Nahrungsmittelindustrie erhöhen, europäische Forschungszentren errichten, Strategie für Co2-arme Wirtschaft festlegen

in allen Bildungsstufen¹⁹, Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung²⁰ und auf die Förderung von Innovation und Kreativität durch Regulationsmaßnahmen²¹

3.4. Die demografische Herausforderung: Alternde Bevölkerung, Zuwanderung und Integration

Die Reflexionsgruppe ist der Ansicht, dass die hohe Lebenserwartung und die niedrige Geburtenrate zu einem unhaltbaren Druck auf die Renten-, Gesundheits- und Sozialsystem und zu negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum führen, weil sich Kreativität und Innovation rückläufig entwickeln. Gegensteuern will sie mit einer Steigerung der Beschäftigungsquote²² und der Umsetzung einer ausgewogenen, gerechten und proaktiven Zuwanderungspolitik²³.

3.5. Energieversorgungssicherheit und Klimawandel: eine neue industrielle Revolution

Die Energieintensität und die Auswirkungen des Klimawandels machen die europäischen Volkswirtschaften anfällig für Turbulenzen. Die Abhängigkeit von Öl-, Gas- und Kohleeinfuhren aus politisch instabilen Gebieten steige und die notwendige massive CO₂-Reduktion birgt die Gefahr einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung. Die EU habe die Chance in den Diskussionen um eine nachhaltige grüne Wirtschaft die „moralische und politische Führung“ zu übernehmen.

Die Reflexionsgruppe fordert eine kohärente europäische Energiepolitik²⁴, eine Revolution der Energieeffizienz (50% bis 2030), eine nachhaltige Energieerzeugung²⁵, die Verringerung der Energieabhängigkeit von Drittländern²⁶ und eine europäische Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel.

3.6. Äußere und innere Sicherheit: die ewige Herausforderung

Hier geht es um die Rolle der EU in einem multipolaren instabilen Umfeld. Der Bericht plädiert für ein neues vernetztes europäisches Sicherheitsmodell, das nach innen und außen wirken soll²⁷. Angemahnt wird eine neue Kultur der Zusammenarbeit z.B. bei der Strafverfolgung, im Gesundheits- und Sozialwesen oder beim Katastrophenschutz.²⁸ und die Überwindung der nationalen Beschränkungen der Verteidigungspolitik durch eine langfristige Vision der EU-Verteidigung.

¹⁹ Neugier und Kreativität in der Primar- und Sekundarstufe fördern, Verbindungen zwischen öffentlichen Bildungssystemen, Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen; ein Netz erstklassiger Hochschuleinrichtungen aufbauen, finanzielle Eigenständigkeit (private Finanzierung) der Unis fördern, die Auseinandersetzung mit der Realwirtschaft gewährleisten; „Lernen lernen“

²⁰ Mehr Mittel vor allem für angewandte Forschung die den KMU zugutekommt, auf Exzellenz setzen aber keine intellektuellen Wüsten entstehen lassen, den Europäischen Forschungsraum verwirklichen

²¹ Binnenmarkt für Dienstleistungen schaffen, geistiges Eigentum achten, europäisches Patentsystem schaffen, Risikokapitalmärkte stärken.

²² Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben verbessern (Urlaubsregelungen, Telearbeit, Kinderbetreuungsprogramme, Schulsysteme, die erwerbstätige Eltern unterstützen); höhere Mobilität der Arbeitnehmer fördern (Sozial- und Rentenansprüche übertragbar machen, Qualifikationen anerkennen); Erwerbsleben verlängern (Rentenalter erhöhen, Arbeitsmarkt für 50 – 70 jährige schaffen)

²³ „eine gemeinsame Zuwanderungspolitik entwickeln, durch die die qualifiziertesten, talentiertesten und motiviertesten Zuwanderer gewonnen werden können“ (S. 26), Kultur der Beschäftigung illegaler Zuwanderer „bekämpfen, bilaterale Entwicklungsabkommen sollten auf Mobilitätspartnerschaften und Anwerbe- und Rückübernahmeregungen abstellen, in Bildungseinrichtungen der Herkunftsländer investieren, um Kompetenzen aufzubauen, auf die man später gemeinsam zurückgreifen kann.“

²⁴ Binnenmarkt im Energiesektor liberalisieren, Übertragungsnetze entflechten, auf Energieeffizienz, Diversifizierung, Verringerung der Abhängigkeit und Bekämpfung des Klimawandels abzielen

²⁵ Erneuerbare Energien intensivieren, vom Öl als Hauptquelle für Verkehrskraftstoffe abkommen in „smart grids“ investieren, CCS unterstützen und die Nutzung der Kernenergie einschließen

²⁶ Europäische Gasproduktion ausbauen, unkonventionelle Energiequellen (Ölschiefer, eingeschlossenes Erdgas) nutzen, dauerhafte Beziehungen zu Russland aufbauen

²⁷ Rechte des Einzelnen schützen, Solidarität zwischen den MST verbessern, sich auf Ursachen der Unsicherheiten konzentrieren, Prävention in den Vordergrund stellen, Bürgernähe herstellen, der Interdependenz der internen und externen Dimensionen der Sicherheit Rechnung tragen

²⁸ Informationsaustausch verbessern, eine zivile Einsatzreserve einrichten, Grenzmanagement verbessern (Frontex mit Unterstützung der MST), einheitliche Visumpolitik und einen europäischen Konsulardienst innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes einrichten

3.7. Europa in der Welt: Auf dem Weg zum durchsetzungsfähigen Akteur

Der Bericht fordert die EU auf, das bislang planlose Vorgehen auf der internationalen Bühne zu beenden und stattdessen zum Impulsgeber für neue Regeln in der Weltordnungspolitik werden.²⁹

3.8. Die EU und ihre Bürger

Der Bericht stellt fest, dass in der Bevölkerung der Zweifel an der Legitimität des europäischen Projekts wächst und macht sich für ein verantwortungsvolles Regieren stark. Es beruht auf den Grundsätzen der Offenheit, Teilhabe, Rechenschaftspflicht, Partnerschaft und Effektivität und steht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang. Zuständigkeiten werden innerhalb eines Systems „von vereinbarten, verbindlichen und transversalen Netzen, die zwischen Gemeinden, Regionen, staatlichen Stellen und EU-Organen sowie zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden und anderen Nichtregierungsorganisationen bestehen“ (S. 41) Mehr Transparenz und Genauigkeit seien erforderlich, Anstelle einer Kommunikationspolitik, die manchmal schon an Propaganda grenzt, sollte die Kommunikation über die Politik im Vordergrund stehen, d.h. es sollte klar und offen erläutert werden, worum es geht und welche Optionen es gibt.“ (S. 41). Der Bericht verweist ferner auf die neuen Instrumente des Lissabon-Vertrags (Bürgerinitiative, Unionsbürgerschaft) oder die neuen parlamentarischen Kontrollrechte im Rahmen des Frühwarnmechanismus.

3.9. Auf den Stärken der EU aufbauen

Nationale Regierungen sollten lernen, dass ihre langfristigen Interessen auf der europäischen Ebene besser vertreten werden als auf der nationalen. Stärken der EU seien „politische Stabilität, solide Rechtgrundlagen, Errungenschaften im sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, kulturellen Reichtum und ethnische Vielfalt.“(S.45). Die EU könne sich mehr auf die langfristigen Interessen und Bedürfnisse der Bürger konzentrieren.

3.10. Bewertung

Stärkung der EU als globalen Akteur, forcierte politische Integration, mehr gemeinsame und vergemeinschaftete Politik, erneuerte EU-Identität der staatlichen und politischen Akteure, EU-Projekt als Bürgerprojekt. – Der Bericht der Reflexionsgruppe ist kein innovativer Weckruf, sondern eine Synthese ähnlicher Zukunftsberichte. Bei der Energie- und Bildungspolitik bleibt er sehr der Gegenwart verhaftet. Nutzbar ist das Kapitel „Die EU und ihre Bürger“, auch wenn es teilweise „bezeichnend“ formuliert ist.³⁰

4. Kommunen – Betroffenheit wahrnehmen - Handlungsfähigkeit stärken

Das Budget im Rahmen von EU 2020 (und EU 2030 und Green new deal) betrifft z.B. in der Sozial-, Energie oder Migrationspolitik oder bei den Themen der nachhaltigen Entwicklung und des demografischen Wandel alle politischen Ebenen. Besonders den Kommunen kommt bei diesen Themen und der Europa - Kommunikation eine herausragende Rolle zu. Allerdings werden die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt³¹.

Gerade bei relativ neuen Politikfeldern (Klima, demografische Veränderungen) können kooperative Netzwerke aus regionalen, nationalen und europäischen staatlichen und nicht-

²⁹ Für das Ideal einer verantwortungsvollen Interdependenz eintreten (multilateral, inklusiv, fair und nachhaltig), eine größere Rolle bei der Stabilisierung der unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen; eine europäische diplomatische Akademie und eine europäische Prognose- und Analysestelle einrichten

³⁰ Es lautet nicht „Die Bürger und ihre EU“ spricht auch nicht von „Stärkung der Teilhabe“, sondern von der Stärkung des Gefühls der Teilhabe.

³¹ zu wenig Geld, Vorrang der ökonomischen Grundfreiheiten statt der politischen und sozialen Menschenrechte, Wettbewerb und Wachstum statt globaler Nachhaltigkeit als Ziel, Flexicurity ohne soziale Inklusion, zu wenig regionalisierte und kommunalisierte Integrationsprozesse; siehe auch Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/122.htm>

staatlichen Akteuren und neue Formen der offenen Zusammenarbeit die europäische Dimension der Kommunalpolitik und die kommunale Dimension der europäischen Politik stärken. Der 2009 gegründete Konvent der Bürgermeister³² ist ein viel versprechender Ansatz. Durch die Bürgernähe können Kommunen in erheblichem Maße zur Legitimierung der europäischen Integration beitragen. Sie treten ortsnah als Vorbild und Verbraucher, als Versorger und Planer als Berater und Anbieter auf.

³² <http://www.eumayors.eu/>